



Hessische Staatskanzlei · Postfach 31 47 · 65021 Wiesbaden

European Commission
Directorate-General for Competition
State aid registry
Ref.: HT.582.
1049 Brussels

stateaidgreffe@ec.europa.eu

Wiesbaden, den 10. März 2020

Konsultation der Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach 2021

Hier: Stellungnahme des Hessischen Ministerpräsidenten

Die Kommission erarbeitet gegenwärtig unter Federführung der Generaldirektion Wettbewerb die Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach 2021. Der von der Kommission am 14. Januar 2020 veröffentlichte überarbeitete Vorschlag für die neuen Leitlinien bereitet dem Land Hessen als Industriestandort große Sorge. Vor allem in Wirtschaftszweigen, die zu den stromintensiven Industrien zählen, birgt er aus wirtschafts- und standortpolitischer Sicht nicht unerhebliche Risiken für Hessen.

Die noch bis Ende des Jahres geltenden Leitlinien erlauben es den Mitgliedstaaten, bestimmte stromintensive Nutzer aus festgelegten Wirtschaftszweigen für die durch das EU-Emissionshandelssystem verursachten höheren Elektrizitätskosten teilweise zu entschädigen (sog. Strompreiskompensation). Von dieser Möglichkeit hat Deutschland seit 2013 Gebrauch gemacht. Die Kompensation hat dafür gesorgt, dass viele stromintensive Betriebe in Deutschland und speziell in Hessen auf internationaler Ebene weiter wettbewerbsfähig waren. Ohne wirksame Strompreiskompensation drohen erhebliche Mehrbelastungen für die Unternehmen.



Die neuen Leitlinien sehen die Möglichkeit der Strompreiskompensation nur noch für acht von 15 Wirtschaftssektoren vor. Für die Sektoren, die künftig keine Beihilfe in Form der Strompreiskompensation mehr erhalten sollen, besteht die Gefahr eines Verlusts der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit einhergehend die Gefahr eines Verlusts an qualifizierten Arbeitsplätzen in Hessen. Dies trifft u.a. die chemische Industrie und die Bergbau- und Rohstoffindustrie.

Wenn die Unternehmen in Hessen nicht mehr wettbewerbsfähig sind, steigt das Risiko, dass die Treibhausgasemissionen in Drittstaaten mit einem niedrigeren klimapolitischen Ambitionsniveau verlagert werden (Carbon Leakage). Das gilt es zu verhindern. Vielmehr müssen wir verstärkt Anreize für Investitionen in kohlenstoffarme Technologien und die Entwicklung von Innovationen in der EU setzen. Das kann nur gelingen, wenn darauf geachtet wird, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrien zu erhalten. Dazu gehört auch ein geeignetes Beihilfenregime, das den Mitgliedstaaten verschiedene Möglichkeiten einräumt, dezentrale Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimaziele zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für erforderlich, dass den Mitgliedstaaten die entsprechenden Instrumente erhalten bleiben, insbesondere die Möglichkeit einer Strompreiskompensation im bisherigen Umfang für die bisher begünstigten Sektoren.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Bouffier

